

Stadt Cottbus/Chóšebuz • Neumarkt 5 • 03046 Cottbus

Landesseniorenrat Brandenburg e.V.

Mail: seniorenrat.brandenburg@web.de

Landesbehindertenbeirat Brandenburg

Mail: lbb.referat@sovd-bbg.de

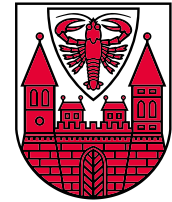
Cc:

Seniorenbeirat Cottbus/Chóšebuz

Mail: senioren@cottbus.de

Beirat für Menschen mit Behinderungen Cottbus/Chóšebuz

Mail: Behindertenbeirat@cottbus.de



STADT COTTBUS
CHÓŠEBUZ

DER OBERBÜRGERMEISTER
WUŠY ŠOLTA

**BÜRO DES
OBERBÜRGERMEISTERS**

6. März 2026

Ihr Zeichen:

Aktenzeichen:

Büro des Oberbürgermeisters

Ansprechpartner/-in

Dr. Normen Franke

Besucher-/Postadresse:

Neumarkt 5

03046 Cottbus

T +49 355 6122017

M +491702220239

F +49 355 612132017

normen.franke@cottbus.de

www.cottbus.de

Konto der Stadtkasse

Sparkasse Spree-Neiße

IBAN:

DE06 1805 0000 3302 0000 21

BIC: WELADED1CBN



Cottbus
Chóšebuz

Vergleich der Koalitionsverträge 2024 und 2026

Berücksichtigung von Senioren und Menschen mit Behinderungen

Im Rahmen einer vergleichenden Durchsicht der Koalitionsverträge SPD–BSW „Brandenburg voranbringen – Bewährtes sichern. Neues schaffen.“ sowie SPD–CDU „Verantwortung für Brandenburg 2026–2029“ wurden insbesondere die Aussagen zu Seniorinnen und Senioren sowie zu Menschen mit Behinderungen betrachtet.

Die Ausführungen dienen einer kurzen vergleichenden Betrachtung zweier Koalitionsverträge in Brandenburg im Hinblick auf die Berücksichtigung der Belange von Seniorinnen und Senioren sowie von Menschen mit Behinderungen. Ziel der Gegenüberstellung ist es, zentrale Aussagen und politische Schwerpunktsetzungen beider Vereinbarungen im Bereich der sozialen Teilhabe, Inklusion sowie der Lebenssituation älterer Menschen darzustellen und Unterschiede in der politischen Gewichtung sichtbar zu machen. Der Vergleich erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern konzentriert sich auf wesentliche Aspekte der Behindertenpolitik, der Inklusion sowie der Seniorenpolitik.

Auffällig ist dabei, dass beide Koalitionsverträge zwar grundsätzlich das Ziel gesellschaftlicher Teilhabe betonen, viele Aussagen jedoch auf allgemeiner Ebene bleiben und nur teilweise konkrete Maßnahmen benennen.

Die nachfolgende Tabelle stellt zentrale Aussagen der beiden Koalitionsverträge übersichtlich gegenüber.

Vergleich der Koalitionsverträge Brandenburg – Senioren und Menschen mit Behinderungen

Thema	SPD–BSW 2024	SPD–CDU 2026
Grundhaltung / Leitbild	Stärker sozialpolitisch formuliert („niemand zurücklassen“, soziale Sicherheit).	Stärker strukturell und verwaltungsorientiert (Staat effizient, Prioritäten setzen).
Menschen mit Behinderungen – Teilhabe	Fokus auf inklusiven Arbeitsmarkt und Übergang Schule–Beruf.	Bekenntnis zur Teilhabe in allen Lebensbereichen und Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsgesetzes.
Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung	Konkreter: Übergang in den ersten Arbeitsmarkt fördern; öffentliche Arbeitgeber als Vorbild.	Kaum konkrete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.
Inklusion in Bildung	Inklusion erwähnt, aber weniger ausführlich.	Explizites Bekenntnis zur inklusiven Bildung und Förderung.
Behindertenpolitik / Gesetzgebung	Weniger konkrete Gesetzesänderungen.	Weiterentwicklung des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes angekündigt.
Seniorenpolitik / Pflege	Sozialpolitischer Fokus (Renten, Lebenshaltungskosten).	Fokus auf Pflegeversorgung und würdiges Altern.
Gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen	Stärker politisch-sozial argumentiert (Lebensstandard sichern).	Eher strukturell: Versorgungssysteme, Pflege, Infrastruktur.

Themenfeld: Menschen mit Behinderungen

Im Koalitionsvertrag von SPD und CDU wird die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen grundsätzlich als politisches Ziel benannt. So wird ausgeführt, dass die Teilhabe in allen Lebensbereichen verbessert und das Brandenburgische Behindertengleichstellungsgesetz weiterentwickelt werden soll (SPD–CDU, S. 26, Z. 1110–1116). Darüber hinaus findet sich ein Bekenntnis zur inklusiven Bildung im Schulbereich (SPD–CDU, S. 15, Z. 599–602).

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele bleiben jedoch weitgehend allgemein formuliert. Insbesondere werden keine detaillierten Maßnahmen zur Barrierefreiheit, zur Stärkung der Selbstbestimmung oder zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen im Alltag benannt.

Der Koalitionsvertrag von SPD und BSW enthält im Vergleich hierzu eine konkretere Maßnahme im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Dort wird vorgesehen, den Übergang von Menschen mit Behinderungen aus der Schule in eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt stärker zu fördern und öffentliche Arbeitgeber hierbei als Vorbild zu positionieren (SPD–BSW, S. 11, Z. 338–342).

Insgesamt zeigt sich somit, dass beide Koalitionsverträge zwar die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen thematisieren, jedoch unterschiedliche Schwerpunkte setzen: Während der SPD–CDU-Vertrag stärker auf gesetzliche Rahmenbedingungen und Inklusionsziele verweist, formuliert der SPD–BSW-Vertrag punktuell konkretere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

Themenfeld: Seniorenpolitik

Im Koalitionsvertrag von SPD und CDU wird die Situation älterer Menschen insbesondere im Kontext der Pflegepolitik aufgegriffen. Unter dem Abschnitt „Pflege und würdevolles Altern“ wird die Sicherung einer verlässlichen Pflegeversorgung sowie die Anpassung der Versorgungsstrukturen an den demografischen Wandel betont (SPD–CDU, S. 25).

Der Koalitionsvertrag von SPD und BSW thematisiert die Situation älterer Menschen eher im Zusammenhang mit sozialen und wirtschaftlichen Belastungen. So wird darauf hingewiesen, dass steigende Preise insbesondere Menschen mit geringen Einkommen oder Renten betreffen und politische Maßnahmen notwendig sind, um soziale Härten abzufedern (SPD–BSW, S. 3–4, Z. 47–52). Darüber hinaus wird der Erhalt der Krankenhausstandorte und der wohnortnahen Gesundheitsversorgung betont (SPD–BSW, S. 4, Z. 102–106).

Damit setzen beide Koalitionsverträge unterschiedliche Akzente: Während der SPD–CDU-Vertrag stärker auf Pflege- und Versorgungsstrukturen fokussiert, stellt der SPD–BSW-Vertrag stärker sozialpolitische Aspekte und die wirtschaftliche Situation älterer Menschen in den Mittelpunkt.

Gesamtbewertung

Die Gegenüberstellung zeigt, dass die Belange von Seniorinnen und Senioren sowie von Menschen mit Behinderungen in beiden Koalitionsverträgen grundsätzlich berücksichtigt werden, jedoch unterschiedliche politische Schwerpunkte gesetzt werden.

Der Koalitionsvertrag von SPD und BSW legt einen stärkeren Fokus auf soziale und arbeitsmarktpolitische Aspekte, insbesondere auf die Integration von Menschen mit Behinderungen in Ausbildung und Beschäftigung sowie auf Fragen der sozialen Sicherheit. Gleichzeitig bleiben viele Aussagen auf einer programmatischen Ebene und enthalten nur wenige konkrete Maßnahmen zur Umsetzung. Der Koalitionsvertrag von SPD und CDU (2026–2029) setzt stärker auf strukturelle und gesetzgeberische Ansätze, beispielsweise durch die geplante Weiterentwicklung des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes sowie durch allgemeine Zielsetzungen zur Förderung von Teilhabe und Inklusion. Darüber hinaus werden Fragen der Pflege, Gesundheitsversorgung und des würdevollen Alterns stärker im Kontext der sozialen Infrastruktur behandelt.

Insgesamt zeigt der Vergleich, dass beide Koalitionsverträge die Belange von Seniorinnen und Senioren sowie von Menschen mit Behinderungen grundsätzlich berücksichtigen. Die Aussagen bleiben jedoch vielfach auf einer programmatischen Ebene und enthalten nur begrenzt konkrete Maßnahmen. Entscheidend wird daher sein, dass die formulierten Ziele zur Stärkung von Teilhabe, Inklusion und einer guten Lebenssituation älterer Menschen im weiteren Verlauf der Legislaturperiode durch konkrete politische Maßnahmen umgesetzt und umgesetzt werden.

gez. Franzke